

Beschluss

Mehr Feminismus wagen! Mit uns wird Berlin zur Stadt der Frauen.

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.11.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Antragsdiskussion und Beschlussfassung

1 **Mehr Feminismus wagen! Mit uns wird Berlin zur Stadt der Frauen.**

2 Der Kampf für die Rechte von Frauen gehört zu den grünen Wurzeln. Wie keine andere Partei
3 stehen wir für Feminismus, die Emanzipation aller Geschlechter und die Zerschlagung
4 patriarchaler Strukturen. In Berlin haben wir schon einiges erreicht, aber am Ziel sind wir
5 noch lange nicht. Auch hier gehören Gewalt und Sexismus zum Alltag, haben Frauen noch nicht
6 die Hälfte der Macht, übernehmen Frauen den Großteil der Care-Arbeit und werden Frauen für
7 ihre Lohnarbeit schlechter bezahlt.

8 Als Rot-Rot-Grüne Koalition sind wir angetreten, um Berlin gerechter zu machen. Dazu gehört
9 auch der Abbau von Ungleichheit zwischen allen Geschlechtern. Wir Bündnisgrüne konnten nicht
10 nur viele wichtige frauen- und geschlechterpolitische Maßnahmen in den Koalitionsvertrag
11 schreiben, sondern auch durchsetzen, dass im gesamten Text der Genderstar verwendet wird. Um
12 klar zu machen: Rot-Rot-Grün geht es um alle Berliner*innen.

13 In unserer Stadt sollen alle Frauen selbstbestimmt leben können, egal wo sie herkommen, an
14 was sie glauben, wie sie aussehen und womit sie ihr Leben verbringen. Dafür muss
15 bündnisgrüner Feminismus die Interessen marginalisierter Frauen und von Frauen, die von
16 Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, noch stärker in den Fokus rücken. Um selbst diverser
17 zu werden, haben wir Grüne Berlin im letzten Jahr einen Diversity-Rat und eine Anti-
18 Diskriminierungsstelle eingeführt. Gerade in Zeiten des Rechtsrucks stehen wir für einen
19 intersektionalen Feminismus, der antirassistisch und inklusiv ist.

20 Das Fundament der Stadt für Frauen sind die vielen Akteur*innen, die beraten, vernetzen und
21 in Notlagen helfen. Um ihnen den Rücken zu stärken, haben wir deutlich mehr Mittel im
22 Haushalt eingestellt. Getreu dem Motto: „Frauen bildet Banden!“ arbeiten wir zudem in den
23 Bündnissen für sexuelle Selbstbestimmung und für den Frauen*kampftag.

24 Nach zwei Jahren an der Regierung ziehen wir Bilanz. Viele wichtige Schritte sind bereits
25 getan. Insgesamt geht es uns aber zu langsam voran. Nachdem genug Geld in den Haushalt
26 eingestellt wurde, muss jetzt die Verwaltung in die Lage versetzt werden, die
27 festgeschriebenen Maßnahmen auch umzusetzen. Gleichstellungspolitik wurde in Berlin lange
28 nicht ernst genommen. In einer Regierung mit uns passiert das nicht!

29 Unser Ziel ist klar: Mehr als die Hälfte der Berliner*innen sind Frauen. Wir gestalten die
30 Stadt für sie.

31 **Die Hälfte der Macht für Frauen: Auch per Gesetz**

32 In diesem Jahr feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Ein historischer Erfolg für die
33 Frauenbewegung. Was heute selbstverständlich scheint, musste hart erkämpft werden.

34 Dennoch liegt der Anteil von Frauen in allen deutschen Parlamenten nach wie vor weit unter
35 ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung. Seit den 1990er Jahren gibt es keinen echten
36 Fortschritt, im Gegenteil. Im Berliner Abgeordnetenhaus sind aktuell gerade mal ein Drittel
37 der 160 Abgeordneten Frauen. Deshalb wollen wir paritätisch quotierte Wahllisten und

38 Frauenquoten für Ämter und Gremien bis hin zum Bundestag. Für Berlin fordern wir, dass vom
39 Senat noch in dieser Legislatur ein Vorschlag unterbreitet wird.

40 Die Machtfrage beschränkt sich aber nicht auf die Politik. Auch in Verwaltung, Wirtschaft,
41 Medien und Kultur müssen wir ran. Die Landesunternehmen und Verwaltungen sind schon große
42 Schritte gegangen. Wir unterstützen sie darin, den Frauenanteil in Führungspositionen weiter
43 zu steigern und fordern die Privatwirtschaft auf, diesem Beispiel zu folgen.

44 Nicht zuletzt in der Berliner Medien- und Theaterlandschaft müssen Frauen auf allen Ebenen
45 angemessen vertreten sein und gerecht bezahlt werden. Deshalb unterstützen wir Grüne die
46 Anliegen von Initiativen wie Pro Quote Medien und Pro Quote Bühne.

47 **It's the economy, stupid: Frauen vor in Arbeit und Wirtschaft**

48 Geld ist nicht alles, aber doch ziemlich wichtig für ein möglichst selbstbestimmtes Leben.
49 Deshalb wollen wir Grüne auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen erhöhen. Ob
50 Steuer-, Renten- oder Sozialrecht: Viele der zentralen Schalthebel liegen beim Bund. Doch
51 auch das Land kann Erwerbstätige, Selbstständige und solche, die es werden möchten, fördern.
52 Deshalb begrüßen wir die neue Kampagne „Gleichstellung gewinnt – Kulturwandel in
53 Unternehmen“ der zuständigen Senatsverwaltung. Zugleich sehen wir an vielen Stellen weiteren
54 Handlungsbedarf.

55 Weil sie immer noch den Hauptanteil der Care-Arbeit übernehmen, arbeiten viele Frauen nur in
56 Teilzeit oder im Minijob. Deshalb bleiben die Forderung nach flexibleren Arbeitszeitmodellen
57 und die Sicherstellung von Kinderbetreuung und Pflege für uns zentral. Vielseitige
58 Kinderbetreuungsangebote sind auch Voraussetzung dafür, dass geflüchtete Frauen eine
59 Ausbildung und Erwerbsarbeit aufnehmen können. Es braucht mehr kultursensible und
60 mehrsprachige Angebote, um ihnen Sprachkurse, Vorstellungsgespräche und Praktika zu
61 ermöglichen.

62 Know-how und Fachwissen von Ungelernten werden nur unzureichend anerkannt. Mögliche neue
63 Wege in der Anerkennung und Zertifizierung könnten gerade Frauen, besonders nach langer
64 Abwesenheit vom Arbeitsmarkt, helfen, eine formale Anerkennung ihres Praxiswissens zu
65 erlangen. Dies kann ihr Erwerbseinkommen und ihre Arbeitsmarktchancen erhöhen. Wir wollen
66 eine neue Anerkennungskultur und Wege, auf denen die on-the-job erworbenen Fähigkeiten zu
67 einem formalen Abschluss führen können. Das kann auch Menschen, die zuwandern, den
68 Arbeitsmarktzugang erleichtern.

69 Insbesondere junge Frauen mit Kindern und Alleinerziehende sind darauf angewiesen, dass es
70 ein ausreichendes Ausbildungsangebot in Teilzeit gibt. Die Berliner Verwaltung und die
71 landeseigenen Betriebe sollen eine Vorbildfunktion übernehmen und Teilzeitausbildungen bei
72 voller Vergütung anbieten. Auch Frauen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind,
73 müssen besseren Zugang zu Aus- und Weiterbildung haben. Dafür braucht es geeignete Maßnahmen
74 und Förderprogramme. In vielen Bereichen in Landesunternehmen sind Frauen noch immer
75 unterrepräsentiert. Wir begrüßen deshalb den Probelauf einer Reservierungsquote für
76 Ausbildungsplätze.

77 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleibt ein zentrales frauenpolitisches Anliegen. Genauso
78 wie die bessere Bezahlung in Berufen, die traditionell mehrheitlich von Frauen ergriffen
79 werden. Es ist deshalb ein Riesenerfolg, dass Rot-Rot-Grün die Besoldung der
80 Grundschullehrkräfte auf das Niveau der Oberschulen angehoben hat. Aber auch in nicht-
81 akademischen Berufen und in der Privatwirtschaft muss es endlich gerechter zugehen. Gerade
82 die für unsere Gesellschaft so wichtigen Care-Berufe, zum Beispiel in der Pflege, brauchen
83 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Dafür machen wir Grüne uns stark.

84 Mini-Jobs sind mit Blick auf Verdienst, Aufstiegschancen und die spätere Rente eine
85 Katastrophe. Und sie sind mehrheitlich in Frauenhand. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen
86 verstärkt sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse eingehen können und
87 möglichst viele Jobs entsprechend umgewandelt werden. Deshalb unterstützen wir zusammen mit
88 unseren Koalitionspartnerinnen die Kampagne „Warum Minijob? – Mach mehr draus!“ und fordern,
89 dass sie ausgebaut wird.

90 Außerdem helfen wir Frauen dabei, ihre eigene Chefin zu werden. Jedes Jahr machen sich in
91 Berlin rund 10.000 Frauen selbstständig. Schon 2015 war hier jedes dritte neue
92 Einzelunternehmen in weiblicher Hand. Diesen Anteil wollen wir steigern, vor allem im
93 technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Um auch Gründer*innen mit Migrationsgeschichte
94 besser zu fördern, wollen wir Beratungsstrukturen interkulturell öffnen und erweitern. Und
95 wir wollen eine Unterstützung für Gründerinnen in Teilzeit.

96 **Gegen Verdrängung: Wir schaffen Wohnraum für Frauen**

97 Steigende Mieten und Verdrängung sind mit die größten Herausforderungen, vor denen Berlin
98 zurzeit steht. Frauen sind davon in besonderer Weise betroffen. Denn ihre Einkommen sind oft
99 geringer und ihr Armutsrisiko ist höher. Dadurch können viele von ihnen Mietsteigerungen
100 schlechter stemmen. Im Falle von gewalttätigen Partnerschaften kann die berechtigte Angst
101 vor der Wohnungslosigkeit Frauen davon abhalten, sich zu trennen.

102 Die Koalition nimmt diese spezifischen Notlagen ernst. Berlin braucht auch deshalb mehr
103 bezahlbaren Wohnraum und muss Frauen den Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtern. Dazu müssen
104 bestehende Kooperationen mit Wohnungsunternehmen ausgebaut werden, wie im Koalitionsvertrag
105 festgeschrieben. Genossenschaften und soziale Baugruppen, in denen für Frauen gebaut wird,
106 wollen wir gezielt fördern.

107 Viele Frauen, gerade Seniorinnen und Alleinerziehende, sind in ihrem Wohnumfeld auf eine gut
108 ausgebaute soziale Infrastruktur angewiesen. Wir Grüne achten darauf, dass unter Rot-Rot-
109 Grün so gebaut wird, dass es sich in Quartieren auch außerhalb der eigenen vier Wände gut
110 leben lässt. Mit einer guten Mischung aus Arbeiten und Wohnen, Schulen und Kitas,
111 ausreichend Grünflächen und den Dingen des täglichen Bedarfs in Fußnähe. Deshalb freuen wir
112 uns, dass es dem Senat gelungen ist, bei den Plänen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus,
113 mithilfe unserer Vorschläge, die Konflikte zwischen neuen Wohnungen und Stadtgrün
114 aufzulösen.

115 Berlins Vorgängerregierungen haben sich lange davor gedrückt, nachhaltige Lösungen gegen
116 Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu entwickeln. Es ist gut, dass Anfang des Jahres bei einer
117 ersten großen Strategiekonferenz Gegenmaßnahmen besprochen wurden und mehr in den Kampf
118 gegen Obdachlosigkeit investiert wird als jemals zuvor. Endlich werden auch die speziellen
119 Bedarfe von wohnungs- und obdachlosen Frauen in den Blick genommen. So werden die Ausgaben
120 aus dem Topf „Integriertes Sozialprogramm“ verdoppelt, um die Plätze in Notunterkünften für
121 Frauen und Familien von derzeit 30 auf 100 zu erhöhen. Zudem gibt es im Rahmen des
122 Pilotprojekts „housing first“ 30 zusätzliche Wohnplätze für Frauen. Und bald folgt
123 hoffentlich eine Unterkunft für wohnungslose Frauen mit Kindern.

124 Für eine gesamtstädtische, ressortübergreifende Strategie brauchen wir aber eine Wohnungs-
125 und Obdachlosenstatistik sowie überarbeitete wohnungspolitische Leitlinien. Nur dann können
126 passgenaue und bedarfsorientierte Lösungen entwickelt und vorhandene Angebote auf ihre
127 Wirksamkeit überprüft werden. Wir erwarten die zügige Umsetzung dieser Vorhaben durch die
128 zuständige Senatsverwaltung.

129 Auch die Bezirke müssen Handlungsspielräume nutzen. Wir begrüßen deshalb die Bemühungen des
130 Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg, in der ehemaligen Gerhard-Hauptmann-Schule eine

131 Unterkunft für wohnungslose Frauen einzurichten. Die zuständige Senatsverwaltung fordern wir
132 auf, hier bald Planungssicherheit zu schaffen.

133 **Frauen unterwegs: Wir denken Verkehr neu**

134 Die wachsende Stadt macht sich auch auf Berlins Straßen bemerkbar. Wer von A nach B kommen
135 will, braucht starke Nerven. Denn Verkehrspolitik wurde lange nur fürs Auto und „den
136 männlichen Pendler“ gemacht.

137 Die meisten Menschen müssen im Alltag aber nicht möglichst schnell weite Strecken
138 zurücklegen. Gerade Frauen haben durch ihren höheren Anteil an der Care-Arbeit komplexere
139 Mobilitätsmuster. Von der Kita zur Arbeit und wieder zurück, auf den Spielplatz und noch
140 schnell zum Supermarkt: Frauen sind häufiger und länger im Nahraum unterwegs und nutzen
141 öfter den Umweltverbund.

142 Das bundesweit erste Mobilitätsgesetz geht auf diese Bedürfnisse ein. Für uns Grüne ist es
143 das größte Reformprojekt dieser Legislatur.

144 Der erste Teil legt die Grundlage dafür, dass sich in Zukunft jede*r aufs Rad trauen kann.
145 Den öffentlichen Nahverkehr bauen wir aus und machen ihn günstiger. Besonders freuen wir uns
146 über das kostenlose Schüler*innenticket für Kinder aus Familien mit berlinpass-BuT, das auf
147 grüne Initiative zurückgeht.

148 Zurzeit arbeiten wir am zweiten Teil, der sich dem Fußverkehr widmet. Damit jede*r mit
149 Rollstuhl, Kinderwagen und Rollator möglichst ungehindert vorankommt, werden wir Bordsteine
150 absenken und Gehwege sanieren. Im Doppelhaushalt 2018/19 haben wir dafür 12 Millionen Euro
151 eingestellt. Leihräder sollen in Zukunft auf der Straße parken und falschparkende Autos
152 werden konsequent abgeschleppt. Damit Straßen gefahrlos überquert werden können, braucht es
153 ausreichend Mittelinseln, Zebrastreifen, vorgestreckte Gehwege und längere Ampelphasen. Bis
154 2022 sollen zudem alle Bahnhöfe barrierefrei sein. Aufzüge müssen bei Störungen schneller
155 repariert werden.

156 Damit der öffentliche Raum zum Verweilen einlädt, wollen wir mehr Begegnungszonen, mehr
157 Verkehrsberuhigung und mehr Sitzgelegenheiten.

158 **Wir haben es satt: Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir immer und überall**

159 Gewalt gegen Frauen ist heute genauso aktuell wie vor 40 Jahren, als sich in Berlin die
160 Alternative Liste gegründet hat. Wir Grüne haben das Thema früh auf die Agenda gesetzt und
161 auch die Gewalt thematisiert, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird: Etwa
162 innerhalb der Familie oder im Netz. Wir haben einschneidende rechtliche Veränderungen
163 vorangetrieben und den Aufbau frauenspezifischer Beratungs- und Schutzstrukturen
164 unterstützt. Der Koalitionsvertrag trägt bei diesem Thema zu nahezu 100 Prozent unsere
165 Handschrift.

166 Dass die Ausgaben im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt deutlich gestiegen sind, ist ein
167 echter Erfolg! Endlich ist damit das Geld für 30 weitere Frauenhausplätze da. Die
168 Baumaßnahmen müssen jetzt zügig vorangetrieben werden.

169 Auch bei anderen Maßnahmen haben wir Fortschritte erzielt. Zum Beispiel haben wir die Anti-
170 Stalking-Beratungsstellen mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Wir freuen uns über die
171 Kampagne „Wehr dich. Gegen Cyberstalking“ der Innenverwaltung. Damit die vorgesehene
172 Betriebsausweitung der Gewaltschutzambulanz an der Charité möglichst bald umgesetzt werden
173 kann, müssen die beiden zuständigen Senatsverwaltungen voran gehen.

174 Auch im öffentlichen Raum erfahren Frauen Belästigung, Einschüchterung, Bedrohung und
175 Gewalt, oft in sexualisierter Form. Frauen, die ihre Zugehörigkeit zu einer
176 gesellschaftlichen Minderheit nicht verstecken können oder wollen, wie lesbische Frauen,

177 Muslimas, obdachlose Frauen, Trans*frauen oder Women of Color, sind dem in besonderer Weise
178 ausgesetzt. Dies müssen wir stärker als bisher beim Namen nennen. Öffentlichkeitswirksame
179 Solidaritätsbekundungen wie im Fall von „Berlin trägt Kippa“ brauchen wir auch, wenn Frauen
180 mit Kopftuch bedroht und angegriffen werden.

181 Zusätzliche Laternen und die gute Einsehbarkeit von Gehwegen können gerade das subjektive
182 Sicherheitsempfinden erhöhen. Aber darin dürfen sich unsere sicherheitspolitischen Maßnahmen
183 für Frauen nicht erschöpfen. Deshalb wollen wir etwa die Idee eines Frauennachttaxis prüfen.
184 Sicherheitspolitik für Frauen ist letztlich eine präventive, ressortübergreifende Politik,
185 die alle Geschlechter und die herrschenden Geschlechternormen in den Blick nehmen muss.

186 Jahr für Jahr werden Berliner*innen zwangsverheiratet und damit massiv in ihren Grund- und
187 Menschenrechten verletzt. Als Koalition treiben wir entsprechende Präventions- und
188 Schutzmaßnahmen voran, etwa Krisenwohnplätze für betroffene LSBTIQ*. Das Bezirksamt
189 Friedrichshain-Kreuzberg leistet bei dem Thema viel Aufklärungsarbeit, die der Landesebene
190 als gutes Beispiel dienen kann.

191 Der Handel mit Frauen und Mädchen zum Zweck der sexuellen Ausbeutung findet auch nach Berlin
192 statt. Die Koalition will alle Betroffenen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus darin
193 unterstützen, sich aus solchen Gewaltsituationen zu befreien und ihr Recht auf Entschädigung
194 geltend zu machen. Dazu haben wir die Fachberatungsstellen mit mehr Mitteln ausgestattet und
195 wollen dies bei den kommenden Haushaltsberatungen fortführen. Wir begrüßen es, dass die
196 Justizverwaltung im Bereich Opferschutz stark investiert und dazu ein eigenes Referat
197 geschaffen hat. In diesem Bereich tätige Richter*innen ermutigen wir, einschlägige
198 Schulungsangebote stärker als bisher zu nutzen.

199 Die spezifischen Bedarfe von geflüchteten Frauen und Mädchen, die häufig vor und während
200 ihrer Flucht sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, sind uns ein besonderes Anliegen. Wir
201 setzen uns dafür ein, dass sie die Unterstützung und bei Bedarf auch die Behandlung
202 bekommen, die ihnen ein Ankommen in Berlin ermöglicht. Dazu braucht es mehr kultursensible
203 und spezialisierte Dolmetscherinnen, eine Stärkung der psychosozialen Zentren und eine
204 Öffnung der gesundheitlichen Regelversorgung für diese Patient*innen.

205 Zudem werden wir ein humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Menschen
206 auf der Flucht initiieren. Damit soll vor allem traumatisierten Frauen, etwa Jesidinnen,
207 eine sichere Aufnahme und psychosoziale Versorgung zugesichert werden.

208 Jedem Versuch, die Sicherheit von Frauen rassistisch zu vereinnahmen, stellen wir uns
209 konsequent entgegen.

210 **Keine Kleinigkeit: Wir nehmen Sexismus und sexuelle Belästigung ernst**

211 Schon lange vor #metoo haben wir Grüne Sexismus und sexueller Belästigung den Kampf
212 angesagt. Auch hier geht es um eine Form von Gewalt. Wo wir können, wollen wir in Berlin
213 alle Betroffenen besser unterstützen, auch am Arbeitsplatz. Unsere großen landeseigenen
214 Unternehmen gehen dabei positiv voran und haben schon sehr gute Leitlinien. Wir wollen, dass
215 dieses Vorbild in Berlin Schule macht. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der
216 Wirtschaftsverwaltung, auch die zahlreichen mittleren und kleineren landeseigenen Betriebe
217 hierfür zu sensibilisieren.

218 Sexistische Werbung ist weder witzig noch harmlos, sondern diskriminierend. Sie verstärkt
219 frauenfeindliche Klischees und realitätsferne Schönheitsideale. Seit Jahren fordern wir,
220 dass sexistische Werbung aus dem Straßenbild verschwindet. Grün regierte Bezirke haben hier
221 Maßstäbe gesetzt. Um dies stadtweit zu forcieren, hat die Koalition den städtebaulichen
222 Vertrag geändert. Sexismus und Diskriminierung sind nun Ausschlusskriterien für die Vergabe
223 von Werberechten des Landes. Das ist zweifelsohne ein Erfolg! Weil unser Stadtbild aber vor

224 allem von privaten Werbeflächen geprägt ist, fordern wir Grüne darüber hinaus eine zentrale
225 Zuständigkeit in der Berliner Verwaltung sowie die Berufung eines Expert*innengremiums.

226 **Unsere Bäuche gehören uns: Wir wollen reproduktive Rechte gewährleisten**

227 Seit unserer Gründung kämpfen wir Grüne für sexuelle Selbstbestimmung. Gerade in Zeiten des
228 Rechtsrucks müssen wir dies umso vehementer tun. Auf Bundesebene fordern wir, dass Paragraf
229 219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird. Dazu hat die Berliner Justizverwaltung eine
230 Bundesratsinitiative eingebracht. Denn dieses Erbe aus der Zeit des Nationalsozialismus
231 stellt selbst die reine Information von Ärzt*innen, dass sie Abbrüche durchführen, unter
232 Strafe. §219a StGB bedeutet für sie Rechtsunsicherheit und verhindert die
233 Informationsfreiheit von Schwangeren.

234 Wer ungewollt schwanger ist, braucht Informationen und Beratung, keine Stigmatisierung,
235 keine Bevormundung und keine Strafe. Wir beobachten mit Sorge, dass sich die
236 Versorgungssituation bundesweit verschlechtert und es in Zukunft immer schwieriger sein
237 wird, einen nach dem Gesetz straffreien Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Wir
238 setzen alles daran, dies in Berlin zu verhindern. Es ist gut, dass die Gesundheitsverwaltung
239 inzwischen eine Online-Suchmaske zur Verfügung stellt, mit Praxen, die
240 Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Wir brauchen zudem mehr und solide finanzierte
241 Beratungsstellen, die ergebnisoffen und ideologiefrei beraten. Nicht zuletzt soll sich
242 Berlin im Rahmen der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass Methoden des
243 Schwangerschaftsabbruchs in der medizinischen Ausbildung gelehrt werden.

244 **Rund um die Geburt: Wir kümmern uns um Schwangere und Hebammen**

245 Schwangerschaft und Geburt sind einschneidende Erlebnisse für werdende Eltern. In Berlin
246 sind die Versorgungsstrukturen leider so mangelhaft, dass eine gute Betreuung nur schwer zu
247 bekommen ist. Das muss sich ändern. Jede Schwangere hat Anspruch auf die freie Wahl des
248 Geburtsortes und auf Unterstützung durch eine Hebamme.

249 Der Hebammenberuf wird traditionell und mehrheitlich von Frauen ausgeübt, mit den üblichen
250 Begleiterscheinungen: geringe gesellschaftliche Anerkennung und schlechte Bezahlung. Wir
251 finden, die Berliner Hebammen verdienen mehr Lohn, mehr Wertschätzung und bessere
252 Arbeitsbedingungen.

253 Im Gegensatz zu den vorherigen Regierungen arbeitet Rot-Rot-Grün daran, diese Probleme zu
254 lösen. Wir begrüßen, dass der Senat erstmalig einen Runden Tisch einberufen und das
255 Aktionsprogramm „Sichere und gute Geburt“ beschlossen hat. Die Ausbildungskapazitäten sollen
256 deutlich erhöht und die Kreißsäle mit zusätzlichen 20 Millionen Euro ausgebaut werden.
257 Ausländische Berufsabschlüsse werden zukünftig schneller anerkannt. Eine neue digitale
258 Plattform soll es Schwangeren erleichtern, eine Hebamme mit freien Kapazitäten zu finden.

259 Das sind gute erste Schritte. Wir fordern, dass der Runde Tisch dauerhaft erhalten bleibt.
260 Mütter-, Eltern- und Hebammenverbände müssen stärker beteiligt werden. Und es braucht eine
261 Statistik, die Auskunft über den tatsächlichen Bedarf und die Inanspruchnahme von
262 Hebammenleistungen gibt. Der geplante Service-Parkausweis soll die Arbeit von Hebammen
263 erleichtern und ihre finanzielle Situation verbessern.

264 Zentral ist jetzt die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen. Hier sind insbesondere die
265 Gesundheitsverwaltung sowie die Kliniken in der Pflicht. Mit Spannung erwarten wir das
266 angekündigte Konzept der Krankenhäuser, auf dessen Basis die konkreten Arbeitsbedingungen
267 für Geburtshelfer*innen verbessert werden sollen.

268 Für die Berufshaftpflichtversicherung brauchen wir generell andere Konzepte, um die
269 Eigenbeteiligung von Hebammen auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Der Senat soll sich

270 deshalb mit einer Bundesratsinitiative für eine eindeutige und langfristige Klärung
271 einsetzen.

272 **Alle Eltern stärken: Wir achten und unterstützen Alleinerziehende**

273 In Berlin leben rund 100.000 Alleinerziehende, nahezu 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Sie
274 müssen noch stärker als andere Eltern jonglieren, um Ausbildung, Berufs- und Familienleben
275 in Einklang zu bringen. Rund die Hälfte von ihnen bezieht staatliche Sozialleistungen –
276 viele, obwohl sie berufstätig sind.

277 Rot-Rot-Grün will Ein-Eltern-Familien unterstützen und stärken: durch einen verbesserten
278 Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, eine Kleinfamilienkarte, die den Zugang zu Kultur-,
279 Sport- und Freizeitangeboten erleichtert und natürlich die Bekämpfung des Mangels an Kita-
280 Plätzen und ergänzenden Betreuungsangeboten. Als Grüne drängen wir zudem weiter auf einen
281 Kita-Bring- und Abholservice für die Eltern, die ihre Kinder nicht selbst begleiten können.

282 Vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir verbessern und Alleinerziehenden
283 durch zentrale Anlaufstellen viel Zeit ersparen. In grün regierten Bezirken gibt es bereits
284 spezielle Familien-Service-Büros, in denen gilt: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten!
285 Das brauchen wir in ganz Berlin. Im laufenden Haushalt stehen zudem 300.000 Euro für drei
286 neue bezirkliche Anlaufstellen speziell für Alleinerziehende bereit. Dieses Angebot wird so
287 mehr als verdoppelt.

288 Was viel zu selten Thema ist: Alleinerziehende Frauen sind in besonderer Weise von
289 Diskriminierung betroffen. Am Arbeitsplatz, auf Ämtern oder in der Nachbarschaft - überall
290 maßt man sich an, über sie und ihr Leben zu urteilen. Um hier positive Veränderungen zu
291 bewirken, fordern wir eine langfristig angelegte, öffentlichkeitswirksame Kampagne. In
292 Brandenburg machen Ein-Eltern-Organisationen mit Unterstützung des Landes vor, wie es geht.

293 Über das Ehegattensplitting subventioniert der deutsche Staat mit mehr als 20 Milliarden
294 Euro jährlich den Trauschein – auch wenn die Verheirateten keine Kinder haben. Rot-Rot-Grün
295 will aber nicht die Ehe, sondern Kinder subventionieren. Deshalb unterstützt die Koalition
296 eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Ehegattensplittings. Als Grüne machen wir uns
297 außerdem für eine Kindergrundsicherung stark.

298 **The L-City: Wir schaffen mehr Sichtbarkeit für Lesben und lesbisches Leben**

299 Berlin ist bekannt für seine lebendige queere Community. Als Grüne unterstützen wir die
300 Anliegen aller LSBTIQ* Zugleich verlieren wir spezifische Belange und Bedarfe innerhalb der
301 Szene nicht aus dem Blick.

302 In der Koalition haben wir deshalb das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für
303 Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Denn ihre Sichtbarkeit
304 ist sowohl im Stadtbild als auch innerhalb der queeren Szene in den letzten Jahren deutlich
305 zurückgegangen. Wir fordern den Senat auf, hier ein Zeichen zu setzen. Der Bau des lange
306 geplanten und
307 seit Jahren ausfinanzierten Wohnprojektes des RuT e. V. muß zügig umgesetzt werden. Dieses
308 einzigartige Mehrgenerationenhaus braucht endlich ein angemessenes Grundstück! Der neue
309 „Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“, den das Land Berlin nun alle zwei Jahre vergibt und der
310 auf grüne Initiative zurückgeht, ist ein Schritt in die richtige Richtung. **Nun müssen wir**
311 **dafür Sorge tragen, dass er auch über die Legislaturperiode hinaus verstetigt wird.**

312 Zudem fordern wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin. Noch
313 bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie
314 eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Rheinland-Pfalz
315 geht hier gerade unter Federführung einer grünen Frauenministerin voran. Das wollen wir in
316 Berlin auch!

317 **Regenbogen über Berlin: Damit sich niemand einordnen muss**

318 Grüner Feminismus geht über die Belange von Frauen hinaus. Wir wissen, dass sich die Welt
319 nicht nur in zwei Geschlechter teilen lässt. Und wir wollen, dass in Berlin alle Menschen
320 frei leben und lieben können.

321 Doch leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
322 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
323 diskriminiert und tätlich angegriffen. Rot-Rot-Grün sagt dieser Gewalt den Kampf an. Wir
324 verstärken den Schutz für Betroffene, bauen die Antidiskriminierungsarbeit an Schulen aus
325 und unterstützen die Polizei in ihrer Arbeit gegen Hasskriminalität.

326 Wir Grüne haben lange darauf gedrängt. Nun ist es soweit. Rot-Rot-Grün verleiht der
327 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt neuen Schwung und erweitert sie zur Initiative
328 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV). Durch einen ressortübergreifenden

329 Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
330 bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
331 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
332 und Aktivist*innen zu Wort kommen.

333 Ein weiterer grüner Erfolg ist das erste queere Jugendzentrum. Ein wichtiger Schritt, denn
334 gerade junge LSBTIQ* brauchen eigene Räume. Zurücklehnen können wir uns trotzdem nicht.
335 Queere Einrichtungen wie das Jugendnetzwerk Lambda benötigen größere Räumlichkeiten, damit
336 sie dauerhaft gute Arbeit leisten können. Außerdem braucht Berlin eine Krisenunterkunft, in
337 der Trans*- und Inter*jugendliche sensibel und professionell begleitet werden können.

338 Auch an Kitas und Schulen muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt stärker gelebt werden
339 können. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir setzen uns deshalb für eine „Fachstelle
340 queere Bildung“ ein, unterstützen die Initiative „Schule in Vielfalt“ und die
341 Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung. Die Angriffe der
342 rechtskonservativen Opposition weisen wir entschieden zurück.

343 **Darf es noch ein bisschen mehr sein?! Gender Mainstreaming bleibt unser Kompass**

344 Wir begrüßen, dass Berlin inzwischen, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, ein neues
345 Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR III) hat. Seine vielfältigen Ziele
346 unterstützen wir mit allem Nachdruck. Damit es kein Papiertiger bleibt, müssen die
347 Verwaltungen es jetzt umsetzen und zum Leben erwecken.

348 Uns Grünen ist die Umsetzung zentraler frauen- und geschlechterpolitischer Strategien wie
349 Gender Mainstreaming und Gender Budgeting ein Herzensanliegen. Denn wir sind überzeugt:
350 Ungleiche Machtverhältnisse beenden wir nur, wenn wir politisches Handeln immer und
351 grundsätzlich auf seine unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer prüfen. Und
352 kontrollieren, zu wessen Gunsten öffentliche Gelder ausgegeben werden.

353 Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sollen Ungerechtigkeiten aufzeigen und
354 Gleichstellung durchsetzen. Richtig angewendet können sie revolutionäre Wirkung entfalten.
355 Das macht vielen Angst. Vor allem denen, die schon immer auf den Pfründen sitzen. Dass auch
356 rechte Kräfte einen vehementen Kampf gegen diese Strategien führen, zeigt, dass sie die
357 strukturelle Diskriminierung von Frauen nicht beenden wollen. Für uns ist das noch größerer
358 Ansporn. Auch gegen Widerstände werden wir unser Ziel einer geschlechtergerechten Stadt
359 verfolgen!